

Zum Psychologiestudium in Innsbruck: Plädoyer für eine realistische Hochschulpolitik

Psychology at the University of Innsbruck: Pleading for realistic higher education policy

Eva Bänninger-Huber

Zusammenfassung

Im vorliegenden Artikel wird die Studiensituation am Institut für Psychologie an der Universität Innsbruck dargestellt. Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Ein erster Teil widmet sich den „Fakten“: Beschrieben werden die aktuellen Hochschulpolitischen Rahmenbedingungen, das Psychologiestudium an unserem Institut, die Ressourcensituation sowie das Vorgehen nach dem EuGH-Urteil. Der zweite Teil bildet ein Erfahrungsbericht, in Lehrende, AbsolventInnen und eine Studienrichtungsvertreterin die Ausbildungssituation subjektiv beschreiben, erklären und bewerten. Es zeigt sich deutlich, dass die Ressourcensituation an unserem Institut negative Auswirkungen sowohl auf die Motivation und das Engagement der Studierenden und der Lehrenden hat. Die für eine Berufsausübung wichtigen praktischen Anteile, die für die Studierenden zunehmend wichtig werden, kommen zu kurz. Um ein Psychologiestudium anzubieten, das den internationalen Qualitätsstandards entspricht, müssen die Ausbildungskapazitäten realistisch eingeschätzt werden. Zugangsbeschränkungen sind deshalb kurzfristig unumgänglich.

Abstract

The present paper deals with the situation at the Institute of Psychology at the University of Innsbruck. The paper is divided into two parts: In the first part we deal with the hard facts: Described is the current political framework in higher education, the curriculum at the Institute of Psychology, the resources available as well as our reaction to the decision of the European Court of Justice. The second part reports on teacher's and student's experiences and reflections about the present situation. Results show that the lack of resources has negative effects both on the motivation and the commitment of students and teachers. Therefore, it is not possible to teach the very important practical parts of the curriculum in an adequate way. In order to offer a curriculum that complies with international standards it is absolutely necessary to estimate the capacities on a realistic basis. An entrance limitation seems to be essential.

1. Hochschulpolitische Rahmenbedingungen

Um die Ausbildungssituation an der Universität Innsbruck bewerten zu können, gilt es, sich zunächst die Rahmenbedingungen vor Augen zu führen, wie sie in den letzten Jahren durch die österreichische Hochschulpolitik geschaffen worden sind. Denn die österreichischen Universitäten befinden sich seit der Einführung des UG 2002 in einer Phase des Umbruchs, die einen unmittelbaren Einfluss auf Lehre und Studium hat. Traditionelle Strukturen in Lehre, Forschung und Verwaltung sind in den letzten Jahren aufgelöst und neu organisiert worden. Durch die Ausgliederung der Universitäten aus der öffentlichen Verwaltung sind die Universitäten selbstständige Körperschaften geworden. Die Steuerung auf der Ebene des Bundes läuft über Leistungsvereinbarungen, die universitätsintern durch Zielvereinbarungen zwischen Rektorat und den Fakultäten oder anderen Organisationseinheiten fortgesetzt werden. Grundlage für diese Leistungsvereinbarungen bilden die Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, in denen die Ziele und Vorhaben für die kommenden Jahre dargestellt sind. Über dieses Instrument wird ein Teil des vom Bund zugewiesenen Universitätsbudgets gesteuert. Die Grundlage dafür bildet wiederum ein umfangreiches Berichtswesen wie Wissensbilanz und Tätigkeitsbericht, die der Bundesregierung zu übermitteln sind. Ein weiterer wichtiger Schritt in der Umsetzung des UG 2002 betrifft die Neustrukturierung der Lehre. Das Stichwort heißt hier Bologna-Prozess. Die österreichische Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Bologna-Vorgaben bis spätestens 2010 umzusetzen. Es ist jedoch den einzelnen Universitäten überlassen, in ihren Entwicklungsplänen festzulegen, welche Studien neu eingerichtet und wann diese auf eine dreistufige Studienstruktur mit einem Bakkalaureatsstudium und darauf aufbauendem Master-, bzw. Doktoratsstudium umgestellt werden sollen. All diese Neuerungen stellen nicht nur einen gewaltigen Aufwand für die „autonomen“ Universitäten dar, sondern müssen bei gleichzeitiger Ressourcenverknappung umgesetzt werden. Für die Lehrenden bedeutet diese Dynamik einerseits eine Verunsicherung, andererseits eine zusätzliche Belastung durch administrative Arbeit.